

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 spbn c



Inhalt

Dr. Vera Rüdiger, Hessischer Minister für Bundesangelegenheiten, zur Umverteilung der Lasten von unten nach oben: Kassengeklänge und Aufschwung-Propheten können die Wirklichkeit nicht verschleiern. Seite 1

Dr. Volker Hauff MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, beweist am Beispiel eines umweltpolitischen Erfolgs der bayerischen SPD: Druckmachen hilft. Seite 3

Dr. Karl Heinz Klejdzinski MdB, Mitglied des Verteidigungsausschusses, kommentiert unterschiedliche Regierungseinschätzungen des NATO-Potentials: Doppelzüngig. Seite 4

Im Wortlaut:

Willy Brandts Geburtstagsbrief an Helmut Schmidt. Seite 6

Dokumentation

Ansprache von Hans Ulrich Klose über Politik, Kunst und Bürgernähe bei der Eröffnung einer Ausstellung im Bonner Kunstverein. Seite 7

38. Jahrgang / 245

22. Dezember 1983

Klingende Weihnachtscassen - und Massenarbeitslosigkeit

Die Propheten des Aufschwungs können die Wirklichkeit nicht verschleiern

Von Dr. Vera Rüdiger
Hessischer Minister für Bundesangelegenheiten

Die elektronische Verstärkung einer dienstbaren Publizistik macht aus klingenden Registrierkassen des Weihnachtsgeschäfts eilfertig Posaunen des Aufschwungs, Feller sei Dank. Die Mauern der wirtschaftlichen Strukturkrise wanken. In dieser Weihnachtszeit wird aus Arbeitslosigkeit im übrigen: Überangebot an Arbeit. Die Anbieter von Arbeit haben die trostlose Aussicht, sich auf Sozialhilfeniveau einzupendeln. Dies zu Lasten der Gemeindekassen, in denen es immer weniger klingelt, weil ihnen die letzte Investitionskraft durch Sozialhilfezahlungen geraubt wird.

Verteilung der Lasten von oben nach unten, bei gleichzeitiger Segnung mit Vorteilen oben: das ist die offizielle Leitlinie der Koalition. Neu ist sie nicht. Das "Haimo-Graf-Albrecht-Papier" hat die Wende eingeläutet und ihre Pflastersteine bereits kräftig in das Beet der Sozialpolitik gestampft. Abbau von Schutzvorschriften und Leistungskürzungen für Schwerbehinderte, Auszubildende, Schüler, Alte und Frauen säumen den bisherigen Weg der Kohl/Genscher-Koalition, ohne daß sich Entlastungen auf dem Arbeitsmarkt eingestellt hätten.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

Verlag
mit dem Namen Rotations-
Rezeptions-Papier



Wer kritisiert, dem wird zur Geduld geraten und weitere Last auferlegt. Neuester Prophet des Aufschwungs ist der Bundesvorsitzende des CDU-Wirtschaftsrats. "Freiheit und Leistung als Strategie für die Zukunft" heißt sein Grundsatzpapier, das nahtlos an die bisherigen Wendekonzepte anschließt: Mit der Forderung nach weiteren Kürzungen sozialer Leistungen, nach weiterem Abbau von Arbeitsschutzbestimmungen. Das Wirtschaftslager der Union will konkret die lineare Senkung der Lohnfortzahlung für alle Arbeitnehmer bei Krankheit, die Überprüfung von Sozialplänen und Kündigungsvorschriften auf dem Rücken der Arbeitnehmer, der Schwerbehinderten, Alten und Frauen.

Damit nicht genug. Der Wunschzettel zum frohen Fest ist länger: Ausbildungsvorschriften zum Schutze Jugendlicher sollen weiter gelockert werden, Arbeitnehmern sollen künftig im Krankheitsfall "Teilarbeitsfähigkeitsbescheinigungen" ausgestellt werden.

Soweit der Teil des sozialen Drucks, ohne den die Formel von "Freiheit und Leistung" nach konservativer Denkart nicht aufgeht. Die Reisenden in das gelobte Land des Aufschwungs werden gebeten, in folgender Ordnung Platz zu nehmen: Arbeitnehmer und sonstige Leistungsschwache als Reisende mit Traglasten in die Holzklasse, "Leistungsfähige" und "Leistungsbereite" machen es sich bitte im himmelblauen Samt der Ersten-Klasse-Coupeß bequem!

Laut CDU-Wirtschaftsrat steht Einzelunternehmern, Personengesellschaften, Gesellschaftern, Aktionären, Freiberuflern und Arbeitnehmern, soweit sie von der Steuerprogression betroffen sind, als Stützen der Gesellschaft eine Reform des Steuersystems zu ihrer Entlastung und zur "Verbesserung der Rahmenbedingungen" zu. Süßer die Kassen nie klingen, als in der Wendezeit. Gute Rahmenbedingungen sind dabei vor allem eine Frage der Definition: Generell sei der "Spielraum für Lohnerhöhungen durch das Überangebot an Arbeit kleiner" geworden, betont der CDU-Wirtschaftsrat. Arbeitslosigkeit - was für ein Blickwinkel und welches soziale Gewissen! - herrscht, weil zu viel Arbeit angeboten wird, und das hat auch noch sein Gutes zur Begrenzung von tariflichen Spielräumen. Wer wundert sich noch, daß energische Schritte der Bonner Koalition zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aktive Beschäftigungspolitik ausbleiben? Wer wundert sich in dieser Zeit ernstlich, daß diese Umdeutung der Arbeitslosigkeit, unseres erstrangigen ökonomischen und gesellschaftlichen Problems, die Gewerkschaften auf den Plan ruft? Kann 1984 auf solcher Grundlage ein Jahr des sozialen Friedens werden?

(-/22.12.1983/ks/rs)

+ + +



Druckmachen hilft

Die Erklärung der bayerischen Staatsregierung zum Umweltschutz bedeutet einen schönen Erfolg für die SPD

Von Dr. Volker Hauff MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die Erklärung der bayerischen Staatsregierung, Umweltschutz stärker als bisher in der bayerischen Landesverfassung zu verankern, ist ein schöner Erfolg für die SPD-Landtagsfraktion. Zeigt sich doch: Druckmachen hilft!

Allein die Ankündigung der SPD-Landtagsfraktion, in einem Volksbegehren zur Verfassungsänderung die Landesregierung zu zwingen, künftig stärker die Belange des Umweltschutzes zu beachten, hat gereicht, um der Regierung Beine zu machen.

Wir begrüßen diesen Sinneswandel innerhalb der CSU: Hatte es doch unmittelbar, nachdem die Sachverständigenkommission im September ihren Vorschlag zur Verankerung des Umweltschutzes als Staatsziel im Grundgesetz vorgelegt hatte, aus den Reihen der CSU getönt, dieses sei eine "unheilvolle Entwicklung", es käme "zu einer Vermehrung der Befugnisse der Staatsgewalt" und der SPD sei es bei der Auftragvergabe nur darum gegangen, den Rahmen für staatliche Tätigkeit zu erweitern. Damit hat Franz Josef Strauß mit seiner CSU wieder einmal eine überraschende Anpassungsfähigkeit an Stimmungen in der Bevölkerung bewiesen.

Bundeskanzler Kohl muß nun ebenfalls seine zauderliche Haltung aufgeben und der Forderung der SPD entsprechen, den Umweltschutz als Staatszielbestimmung im Grundgesetz zu verankern. Dies ist eine alte Forderung der SPD, die bereits in mehreren Parteitagsbeschlüssen ihren Niederschlag gefunden hat, und die von den sozialdemokratischen Justizministern maßgeblich vorangetrieben wurde. Die SPD-Bundestagsfraktion wird bei diesem Vorhaben nicht locker lassen. (-/22.12.1983/ks/rs)

+ + +



Doppelzüngig

Die Bundesregierung macht Angaben zum NATO-Potential jeweils nach "Bedarf"

Von Dr. Karl Heinz Klejdzinski MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Dem aufmerksamen Leser regierungsamtlicher Publikationen wird eine Menge Information geboten, zumindest in den meisten Fällen. Wer jedoch die Bundestagsdrucksache "Bericht zum Stand der Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie der Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis 1983" las und dann auch noch vergleichend zum Weißbuch 1983 mit dem Titel "Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland" griff, der mußte - traute er seinen Augen - die Bundesregierung mit zwei Zungen reden beziehungsweise mit zwei Stiften schreiben sehen.

Teilte doch der eine Bericht dem verblüfften Leser mit, daß die Luftstreitkräfte der NATO durch den Beginn der Zuführung des TORNADO und der F-16 eine Modernisierung ihrer nuklearen Waffensysteme mittlerer Reichweite erhalten haben, während im Weißbuch, das immerhin vier Monate später veröffentlicht wurde, eben jene Nuklearfähigkeit TORNADO und der F-16 abgesprochen beziehungsweise gar nicht erst erwähnt wurde.

Ich entschloß mich deshalb der Bundesregierung die folgende Frage zu stellen: "Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Bundestagsdrucksache 10/216 vom 29. Juni 1983 "Bericht zum Stand der Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie der Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis 1983" einerseits unter "Intermediate Range Nuclear Forces" (INF) (S. 5) die Modernisierung der Luftstreitkräfte durch Beginn der Zuführung des TORNADO und der F-16 aufgeführt wird und daß andererseits im Weißbuch 1983 (zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, herausgegeben im Oktober 1983) (S. 80) unter dem Aspekt der Entwicklung bei nuklearfähigen Flugzeugen der NATO jeglicher Hinweis auf TORNADO fehlt und wenn ja, was hat die Bundesregierung veranlaßt, in zwei wichtigen, von ihr zu vertretenen Dokumenten zu solch einer unterschiedlichen Einschätzung zu kommen?"

Daraufhin antwortete mir der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Würzbach, wie folgt: "Im Bericht 1983 der Bundesregierung zum Stand der Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis wurde ausschließlich auf Entwicklungstendenzen bei den Potentialen von NATO und Warschauer Pakt hingewiesen, die sich erst in Zukunft auswirken werden. Demgegenüber enthält das Weißbuch umfassende Daten und Fakten zum Kräfteverhältnis NATO/WARSCHAUER PAKT. Die Tabelle auf S. 80 (INF-Flugzeuge NATO/WP) basiert auf dem NATO-Streitkräfteverhältnis 1982. Ein Hinweis auf Tornado ist im Weißbuch 1983 nicht erfolgt; da in der angeführten Tabelle ausdrücklich vermerkt ist, daß nur Flugzeuge bewertet werden, die zur Zeit die von Ihnen genannten Voraussetzungen erfüllen."

Irrtum ist verzeihlich, zumal ja auch die Debatte zur Stationierung vor der Tür stand und der Schulterschluß mit den verbündeten Freunden jenseits des Atlantiks in Dauerhaltung exerziert wurde. Da kann es schon mal zu Irrtümern kommen. In diesem Fall gesellte sich aber anscheinend zum Irrtum noch die Arroganz, den Fehler nicht einzugestehen.

Als Mitglied des Verteidigungsausschusses verwirrt mich die Bundesregierung durch ihre widersprüchlichen Aussagen einmal mehr. Sagt sie doch im Juni 1983, die Kampfkraft der NATO habe sich seit Mitte 1982 erhöht, eben durch die "Modernisierung der



Luftstreitkräfte durch Beginn der Zuführung des TORNADO und der F-16" (S. 5), um dann im Oktober 1983 so zu tun, als hätte sich auf der Seite der NATO nichts verbessert: Weder F-16 noch TORNADO finden sich in der Tabelle über die Entwicklungen bei nuklearfähigen Flugzeugen.

Nun könnte man daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß TORNADO nicht für eine nukleare Einsatzrolle vorgesehen sei.

Wer jedoch weiß, daß F-104G durch TORNADO ersetzt werden soll und dann F-104G im Weißbuch unter den nuklearfähigen Flugzeugen findet, der kann davon ausgehen, daß TORNADO auch die nukleare Rolle von F-104G übernehmen wird.

Wie hoch man auch immer die Zahl der nuklearfähigen TORNADO ansetzt, sicher ist, daß sie sich in der Größenordnung der gegenwärtig diese Rolle ausfüllenden F-104G bewegen wird. Und eins ist gewiß: Die Qualität eines nuklearfähigen TORNADO ist durch seine hochtechnische Ausrüstung und seine Lieferfähigkeit wesentlich höher als die der "alten Mühle" F-104G.

In einer Fußnote wird allerdings im Weißbuch (S. 80) auf die Diskrepanz zwischen nuklearfähigen Flugzeugen und solchen, die "für einen nuklearen Einsatz ausgerüstet werden könnten" schamhaft hingewiesen. So betrachtet steigt die Zahl von derzeit 750 nuklearfähigen Flugzeugen auf mehr als das Doppelte, nämlich auf 1.900.

Die Doppelzüngigkeit der Bundesregierung läßt nun Argumentation je nach Bedarf zu, mal ist das Potential der NATO größer - eine bessere Ausgangsposition für Abrüstungsverhandlungen -, mal ist das NATO-Potential kleiner - ideal, um auf einen immer noch bestehenden Nachholbedarf hinzuweisen.

Solche Irrtümer können - wie gesagt - verzeihlich sein, unverzeihlich bleibt aber, daß der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Würzbach, anscheinend nicht einmal sorgfältig lesen läßt, geschweige denn selbst die "Vorbemerkungen" zur Bundestagsdrucksache gelesen hat, sonst wäre er nicht auf die Idee gekommen, einen Retrospektivbericht für das letzte Jahr "Entwicklungstendenzen" aufzeigen zu lassen und sich so aus der Affäre ziehen zu wollen.

Die Exekutive ist durch die Legislative auf ein Versäumnis aufmerksam gemacht worden, aber die Exekutive beharrt auf ihrer Meinung, daß sie keine Fehler macht und das ist falsch.

(-/22. 12. 1983/ks/rs)

+ + +



IM WORTLAUT

"Deinen Namen hast Du unverwechselbar ins Buch der Politik geschrieben"

Willy Brandts Geburtstagsbrief an Helmut Schmidt

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Helmut Schmidt seine Glückwünsche zum morgigen 65. Geburtstag übermittelt und den früheren Bundeskanzler als einen Mann gewürdigt, der seinen Namen "unverwechselbar in das Buch deutscher und europäischer Politik geschrieben" habe. Willy Brandt, der über die Jahreswende zu einem kurzen Ferientaufenthalt verreist ist, weist in seinem Glückwunschsreiben an Helmut Schmidt darauf hin, daß der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel jetzt in Hamburg im Namen von Partei und Bundestagsfraktion deutlich machen werde, "wie hoch Dein Wirken für unseren Staat geschätzt wird". Er selbst, Willy Brandt, werde sich dazu ebenfalls anlässlich eines vereinbarten Essens zu Ehren Helmut Schmidts nach der Weihnachtspause in Bonn äußern. Wörtlich heißt es in dem Brief des SPD-Vorsitzenden an Helmut Schmidt unter anderem:

"In der Tat: Du kannst auf Deine Leistungen stolz sein, und Deinen Namen hast Du unverwechselbar in das Buch deutscher und europäischer Politik geschrieben. Daß dies in so starkem Maße anerkannt wird, mag einen Teil der Mühen aufwiegen, die Du im Laufe der Jahre auf Dich genommen hast.

Mit Sorge, gelegentlich auch mit erheblichem Kopfschütteln, habe ich gesehen, wie verständnislose bis unsinnige Kombinationen mit der Tatsache verbunden oder aus ihr abgeleitet worden sind, daß wir in einer wichtigen Teilfrage der Außen- und Sicherheitspolitik zu unterschiedlichen Antworten gelangt sind. Ganz anders, als ich es in manchen Kommentaren gelesen habe, ist mir nie in den Sinn gekommen, Deiner Haltung den Respekt zu versagen. Und ganz anders, als es sich manchen mitgeteilt zu haben scheint, meinte ich, daß wir den Kölner Parteitag nicht in Streiterei oder Mißachtung, sondern in Kameradschaft und Solidarität hinter uns gebracht hätten. Weite Teile der Partei und ich selbst bleiben dankbar für die Art, in der Du auf dem Parteitag und im Bundestag Deinen Standpunkt vertreten hast.

Wir haben mehr miteinander durchgemacht und bewirkt, als die meisten wissen können. Und ich denke, daß niemand dies wird zerreden oder verdunkeln können. Zudem sind wir beide alt genug, um uns durch Bösesartiges nicht über Gebühr in Anspruch nehmen zu lassen. Und gewiß werden wir zu zeigen wissen, in welcher Weise wir unserer gemeinsamen Sache in der vor uns liegenden Zeit verpflichtet bleiben.

Meine Gratulation verbinde ich mit freundschaftlichen Wünschen für das, was Du Dir weiterhin vorgenommen hast, und für Dein persönliches Wohlergehen."

(-/22.12.1983/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der Hamburger Bundestagsabgeordnete Hans-Ulrich Klose hat anlässlich der Eröffnung der Ausstellung "Ansatzpunkte kritischer Kunst heute" im Bonner Kunstverein kürzlich folgende Rede gehalten:

"Menschen draußen - Politiker drinnen?"

Gedanken zum Verhältnis von Politik, Kunst und Bürgernähe.

"Ich danke für die Einladung zu dieser Ausstellung und für das freundliche Angebot, bei deren Eröffnung zu sprechen. Ich mache das gern, natürlich, denn ich lebe, wie andere Politiker auch, in einer abgehobenen Welt, in einer politischen Wirklichkeit, die sich von der wirklichen Wirklichkeit unterscheidet.

Politiker fordern Glaubwürdigkeit, weil wir sie verloren haben. Wir reden von Bürgernähe, weil wir von den Bürgern weit entfernt sind. Wir suchen das Gespräch, obwohl uns die Lektüre des täglichen Pressespiegels wichtiger ist als die Begegnung mit lebendigen Menschen. Sie sehen also, ich passe sehr gut in eine Kunstaussstellung. So gut, daß ich mißtrauisch werde.

Warum wird ein Politiker, zumal einer aus Hamburg, eingeladen, in Bonn eine Kunstausstellung zu eröffnen? Bonn und die Politiker - was haben die miteinander zu tun? Die Politiker leben doch gar nicht in Bonn, sondern im Bundeshaus. Und für die Menschen in Bonn ist das Bundeshaus - ja was eigentlich?

Wenn also in Bonn ein Politiker das Bundeshaus verläßt, vom Kunstverein eingeladen, Grenzen überschreitet, so ist das, denke ich, keine Selbstverständlichkeit, sondern ein Versuch, von beiden Seiten übrigens, Distanz zu überwinden. Dafür bin ich dankbar. Und ich verstehe, daß Sie mich auch eingeladen haben, um mich als Vermittler zu nutzen. Denn die Politik ist bei einer solchen Ausstellung und bei denen, die sie machen, deutlich gefordert.

Gefordert zunächst von den Bildern, Gegenständen und Büchern, die hier ausgestellt sind. Ich habe sie mir schon gestern angesehen und nichts entdeckt, was dem Bundesinnenminister gefallen würde. Jedenfalls kann ich mir das nicht vorstellen. Es handelt sich eher um Ärgernisse. Ich frage mich, wie er und andere wohl reagieren würden, wenn sie könnten, wie sie wollten.

Dabei fällt mir ein: Er kann. Denn er verfügt über finanzielle Möglichkeiten. Und so weit entfernt voneinander sind Kunst und Politik nicht, daß sie nicht finanziell zu einander fänden. Dagegen ist auch nichts einzuwenden. Ganz im Gegenteil: Sie sollen.

Allerdings, wo Geld eine Rolle spielt, geht es immer auch um Inhalte. Welche Inhalte? Da braucht man im Zeichen der geistig-moralischen Wende nicht lange zu raten. Da gibt es inzwischen Erfahrungsgut, denen weitere folgen werden. Der Name Achternbusch spricht für sich.

Was folgt daraus? Nach meiner Einschätzung nicht, daß die Kunst sich von finanziellen Zuwendungen des Staates freimachen sollte - wie könnte sie das? Sondern, daß die Kunst sich von den mit den finanziellen Zuwendungen verbundenen Auflagen freimachen muß. Ich betone: Muß. Denn die Auflagen kommen aus jener abstrakten Wirklichkeit der Politik, die ich Programm-Wirklichkeit nenne. Auch diese Wirklichkeit hat ihre spezifische Wahrheit. Aber diese Wahrheit ist veränderbar, weil abhängig von Mehrheitsverhältnissen.

Muß die Kunst, müssen die Aussteller von Kunst mit diesen von außen verordneten veränderbaren Wahrheiten leben? Nein, es gibt andere Wege und Beispiele, die belegen, daß staatliche Mittel ohne Auflagen vergeben und von den Künstlern selbst verwaltet, das heißt verteilt werden können. Die Hamburger Filmförderung, auf die ich ein bißchen stolz bin, ist ein solches Beispiel, der Kunstfonds des Bundes ist ein anderes. Wir



werden sehr darauf zu achten haben, daß die Hamburger Filmförderung - nebenbei auch die nordrhein-westfälische - nicht finanziell ausgetrocknet, daß der Kunstfonds erhalten und auch in Zukunft auflagenfrei aus öffentlichen Mitteln gespeist wird.

Hier also sind Politiker gefordert. Aber nicht nur hier. Kunst lebt - verzeihen Sie die Banalität der Aussage - nicht in der Abgeschlossenheit, sondern in der Öffentlichkeit. Sie braucht Menschen. Wer Kunst will, wer Kunst fördern will, muß wollen, daß die Öffentlichkeit sie ansehen, ja erleben kann. Dazu gibt es Museen - in Berlin, Hamburg, München, Frankfurt, auch in Bonn. Museen, die, ich will es gern anerkennen, gute Arbeit leisten. Aber es gibt weder in Bonn noch anderswo ein großes, leistungsfähiges Museum, das sich vorrangig, zielstrebig und umfassend um die Sammlung und Ausstellung zeitgenössischer Kunst bemüht. Galerien, meist die kleineren und kommerziell nicht gar so erfolgreichen, versuchen es. Kunstvereine auch. Letztere mit bescheidenen Mitteln und, wie hier zu sehen, in welcher Enge!

Da wird, wenn man so will, die Enge staatlicher Kunstförderung sichtbar. Es müßte doch, gerade in Bonn, der Hauptstadt, Stätten der geistigen Auseinandersetzung geben, und es wird ja auch darüber geredet. Der frühere Bundespräsident Scheel hat das gelegentlich getan. Aber er wollte etwas Repräsentatives, gespeist aus den Beständen der Bundesländer. Andere träumen, und dieser Traum gefällt mir besser, von der Bundeskunsthalle - Annemarie Renger bemüht sich darum. Aber das dauert und dauert.

Liegt es am knappen Geld? Ja, gewiß auch. Aber das Geld ist immer knapp. Und es gibt immer konkurrierende Ansprüche, und immer das Argument, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für zusätzliche Kunstförderung nicht geeignet sei. Nicht geeignet? Unter haushaltstechnischen Gesichtspunkten gibt es eigentlich niemals einen richtigen Zeitpunkt. Ob ein Zeitpunkt richtig oder falsch ist, entscheidet der politische Wille, und daran hapert's.

Dabei muß es nicht immer böse Wille sein, der Fortschritt verhindert. Apathie, Gleichgültigkeit, mangelndes Interesse, sind vielleicht die größeren Ärgernisse - sozialpolitisch gerechtfertigtes Desinteresse an der Kunst ein Greuel.

Wer die Kunstförderung der Konkurrenz zur Sozialhilfe aussetzt - Sozialdemokraten haben da ihre besonderen Probleme - macht es sich zu leicht. Und er verkennt den politischen Stellenwert der Kunst, die sich, auf welchem Weg auch immer, auseinandersetzen will mit sozialer Wirklichkeit. Sozialer Fortschritt setzt soziales Bewußtsein voraus. Soziales Bewußtsein entsteht nicht durch Abstinenz.

Politiker, wenn sie im Bundestag über das Volk sprechen, benutzen eine merkwürdige Formel. Sie sprechen "von den Menschen draußen im Lande". Menschen draußen, Politiker drinnen - Sprachformel oder Wirklichkeit?

Am 21./22. November dieses Jahres, während der Raketendebatte, mußten die Politiker, um in den Bundestag zu gelangen, Sperrn passieren, Ausweise vorzeigen. Wer keinen hatte, blieb draußen. Was draußen, vor den Sperrn geschah, habe ich später in der Zeitung gelesen. Was drinnen gesagt wurde, erfuhren die Menschen draußen über die elektronischen Medien. Wirklichkeit.

In einem Text meines Fraktionskollegen Freimut Duve habe ich folgenden Satz von Ernst Fischer gefunden: "Das Werbeplakat der Macht verdeckt die Wirklichkeit. Sie zu entdecken, erfordert den Geist, der verneint, den Geist der Kritik." Dieser Satz beschreibt, warum diese Ausstellung stattfindet.
(-/22.12.1983/ks/rs)

+ + +

